

Parteirat am 11. Juni 2005 in Idstein/Ts.

Weiterentwicklung der kommunalen und frei-gemeinnützigen stationären Gesundheitsversorgung in Hessen

AntragstellerInnen: Manfred Rompf (KV Lahn-Dill), Dr. Stefan Michallik (KV Wiesbaden), Wolfgang Strengmann (KV Frankfurt), Kordula Schulz-Asche (KV Main-Taunus), Priska Hinz (KV Lahn-Dill), Sarah Sorge (KV Frankfurt), LAG Soziales und Gesundheit



Landesverband Hessen

ABSTIMMUNG

Der Parteirat hat beschlossen:

5 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich in ihrer kommunalen Verantwortung für eine wohnortnahe, hochqualitative und integrierte Gesundheitsversorgung ein. Dazu müssen dringend Angebotsstrukturen in Zusammenarbeit aller Träger weiterentwickelt und zu mehr Wirtschaftlichkeit optimiert werden. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit der Bildung regionaler Versorgungsverbünde; diese müssen in kommunaler Verantwortung gestaltet werden. Deshalb lehnen wir regionale Monopolstellungen privater Klinikketten ab.

10 In Hessen wird die stationäre Versorgung bis auf wenige Ausnahmen zur Zeit von kommunalen und frei-gemeinnützigen Krankenhäusern gewährleistet. Viele der Krankenhäuser sind durch den Kostendruck der letzten Jahre und die jetzt erfolgte sukzessive Einführung der Finanzierung über Fallpauschalen unter zum Teil existenzgefährdenden wirtschaftlichen Druck geraten. In einzelnen Fällen konnte nur über den Abschluss von Sanierungstarifverträgen die weitere öffentliche Trägerschaft gesichert werden.

15 Der wirtschaftliche Druck wird sich in den nächsten Jahren – in der Konvergenzphase der Fallpauschalen-Anpassung an den landesweiten Basisfallwert – noch weiter verschärfen. Über die Vorgaben des Hessischen Krankenhausrahmenplanes 2005 hinaus, wird ein Bettenabbau von bis zu dreißig Prozent in den kommenden Jahren prognostiziert.

20 Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen werden sich in ihrer jeweiligen politischen Verantwortlichkeit dafür einsetzen, dass gemeinsam mit den Beschäftigten zukunftsweisende Konzepte, unter Beachtung der ökonomischen Rahmenbedingungen, für den Erhalt der kommunalen Kliniken, umgesetzt werden.

25 Diese Rahmenbedingungen erfordern, dass sowohl über die Gebietskörperschaften, als auch über die sechs in Hessen definierten Krankenhausversorgungsgebiete hinaus, Kooperationen bis hin zur Fusion mit gemeinsamen Schwerpunktbildungen realisiert werden.

30 Dabei ist auch die Verzahnung der unterschiedlichen Versorgungsstrukturen, ausgerichtet am Gesundheitsbedarf der Bevölkerung unter Einbeziehung integrierter Versorgungskonzepte, ein wichtiger Bestandteil der strategischen Positionierung der Klinikverbünde. Dabei ist eine wohnortnahe Versorgung zu gewährleisten.

35 Entscheidend für das Gelingen dieser Prozesse ist, dass die kommunalen Gebietskörperschaften ihren Kliniken eine größere wirtschaftliche Kompetenz übertragen, um übergreifende Verbundstrukturen zu ermöglichen.

Abgegebene Stimmen:

Gültige Stimmen:

Ungültige Stimmen:

JA-Stimmen:
überwiegende Mehrheit

NEIN-Stimmen:

Enthaltungen:
1

40 In der aktuellen Diskussion zur psychiatrischen Versorgung in Hessen, setzen sich Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen dafür ein, dass die Kliniken des LWV Hessen in öffentlicher Trägerschaft verbleiben und sich zu einem landesweiten Verbund zusammenschließen. Gerade der Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie bedarf einer besseren und in vielen Gebieten Hessens endlich auch einer wohnortnahen Versorgung.

Bündnis 90/DIE GRÜNEN Hessen fordern die Träger der kommunalen und freigemeinnützigen Krankenhäuser auf, den neuen TVöD ab 01.10.2005 für alle Beschäftigten der Krankenhäuser anzuwenden.